Ortskern vom Doppelspurausbau aussparen

Dritter Erörterungstag: Gemeinde fordert vertiefte Alternativenprüfung. Carolin Oertel würdigt Vorbereitung und Bürgerbeteiligung und bestätigt weitere Offenlage und eingehende Prüfung der Alternativvorschläge.

Lottstetten, 13. November 2026 – Nach drei intensiven Tagen ist der Erörterungstermin zum Doppelspurausbau Lottstetten–Jestetten Süd am Donnerstag, 12. November, zu Ende gegangen. Im Mittelpunkt des Abschlusstages standen Naturschutz, Hangstabilität, Wasserhaushalt, private Grundstücke und Sicherheitsfragen. Erneut wurden Alternativen diskutiert. Aus Sicht der Gemeinde blieben wesentliche Bedenken bestehen; weitere Nacharbeiten und eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung wurden angekündigt. Eine Genehmigungsentscheidung wurde nicht getroffen.

An allen drei Tagen war die Gemeindehalle voll besetzt. Bürgermeister Andreas Morasch würdigte das außergewöhnliche Engagement und Fachwissen der Bevölkerung. Er sprach zum Abschluss auch im Namen von Jestettens Bürgermeister Dominic Böhler und dankte ihm für die Unterstützung an allen drei Tagen, obwohl Jestetten von den unmittelbaren Baumaßnahmen deutlich weniger betroffen ist.

Hohenbichler/ Rapp AG: Ausbau außerhalb des engen Ortskerns prüfen

Einen wichtigen fachlichen Beitrag lieferte Norbert Hohenbichler mit seiner ausführlichen Präsentation. Anhand eines Bildfahrplans erläuterte er Zugbewegungen und Kreuzungen zwischen Rafz und Schaffhausen. Er hinterfragte nicht nur die Ablehnung der Alternativen, sondern auch die Stabilität des zugrunde gelegten Zielfahrplans. Insbesondere zeigte er Situationen auf, in denen sich nach seiner Analyse Verspätungen zwischen Güterzügen, S-Bahn und Fernverkehr übertragen könnten.

Anschließend stellte Hohenbichler einen konkreten Ansatz zur Entlastung des Ortskerns vor: Er hinterfragte die im Fahrplan angesetzte Verlangsamung eines südwärts fahrenden Güterzugs. Würde dieser seine zuvor erreichte Geschwindigkeit beibehalten, könnte sich nach seiner Darstellung der Kreuzungspunkt Richtung Bahnhof Lottstetten und weiter Richtung Rafz verschieben. Ein Ausbau außerhalb des engen Ortskerns könnte damit größere Bauwerke und erhebliche Belastungen vermeiden.

Die SBB nahm die Ausführungen zur Prüfung mit; eine abschließende Bestätigung der Machbarkeit erfolgte nicht. Morasch regte an, Hohenbichlers Überlegungen mit den Untersuchungen der Rapp AG zusammenzuführen. Das Regierungspräsidium kündigte eine intensive Alternativenprüfung an und stellte klar, dass es nicht allein Aufgabe der Gemeinde sei, sämtliche Nachweise bis ins letzte Detail zu erbringen sondern hier vor allem der Vorhabenträger in Verantwortung steht.

Schutzgut Mensch: Bewertung bleibt umstritten

Die Einstufung der bauzeitlichen Belastungen als lediglich „mittlerer Konflikt“ stieß auf deutlichen Widerspruch. Gemeinde und Einwender verwiesen auf länger bestehende Baustellen an Brücken und Bahnhof, dauerhaft genutzte Installationsflächen und zusätzliche Arbeiten entlang der Strecke. Der pauschale Hinweis auf eine „Wanderbaustelle“ reiche deshalb nicht aus. Die SBB verteidigte ihre Bewertung mit Schutzmaßnahmen und wechselnden Arbeiten, sagte aber eine erneute Überprüfung zu.

Diskutiert wurden außerdem der Erhalt alter Bäume, geschützter Arten und die Durchgängigkeit von Wildtierkorridoren während der Bauzeit. Die SBB erläuterte Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen sowie eine Umweltbaubegleitung.

Privateigentum: Eingriffe nachvollziehbar darstellen

Anwohner schilderten Sorgen um Zufahrten, Gärten, Wohnqualität und Gebäudeschäden. Baustellenflächen reichen in den gezeigten Plänen teilweise bis unmittelbar an Hauswände. Morasch forderte konkrete Angaben zu benötigten Breiten, eingesetzten Fahrzeugen und Arbeitsabläufen. Auch nicht verzeichnete neuere Wohngebäude wurden beanstandet; die SBB sagte eine Aktualisierung zu und bot weitere Gespräche vor Ort an.

Bei dauerhaft im Boden verbleibenden Ankern und Erdnägeln verlangte das Regierungspräsidium, die erforderlichen Grundstücksrechte eindeutig in den Grunderwerbsunterlagen abzubilden. Die überarbeiteten Grunderwerbsverzeichnisse sollen erneut ausgelegt werden. Rechtsanwalt Hansjörg Wurster betonte den Eigentumsschutz und die Rechtsschutzmöglichkeiten der Betroffenen. Er stellte zudem die rechtlichen Grundlagen möglicher Enteignungen kritisch zur Diskussion; die SBB vertrat hierzu eine andere Rechtsauffassung und erklärte, einvernehmliche Lösungen anzustreben.

Hangwasser und Sicherheit: Konkrete Nachweise erforderlich

Bei Hangstabilität und Wasserhaushalt erläuterte die SBB Sicherungs-, Entwässerungs- und Kontrollmaßnahmen. Auch Gefahrguttransporte und das Anprallrisiko für benachbarte Gebäude wurden kontrovers diskutiert. Die SBB verwies auf Risikoanalysen, Leitkanten und Überwachung. Die Gemeinde fordert, Sicherheitsaspekte ebenso wie Lärm und Grundstückseingriffe im Vergleich der Alternativen umfassend zu berücksichtigen.

Erneute Offenlage zugesagt – öffentliche Nacherörterung gefordert

Als wesentliches Ergebnis stehen zwei zentrale Themenbereiche für die erneute öffentliche Auslegung fest: das geänderte Verkehrs- und Umleitungskonzept sowie das überarbeitete Baulärmgutachten. Hinzu kommen die angekündigten Überarbeitungen der Grunderwerbsverzeichnisse. Es geht damit nicht um redaktionelle Korrekturen, sondern um Sicherheit, Gesundheitsschutz und konkrete Eigentumseingriffe.

Die Gemeinde fordert, zunächst sämtliche entscheidungserheblichen Fakten und realistisch umsetzbaren Pläne vorzulegen. Anschließend müssen Gemeinden, Träger öffentlicher Belange und Bevölkerung ausreichend Zeit zur Prüfung und Stellungnahme erhalten. Danach verlangt sie einen weiteren öffentlichen Erörterungstermin. Dieser ist bislang nicht zugesagt. Für Morasch ist klar: „Neue Pläne brauchen eine neue Diskussion."

SBB-Schlussstatement: Varianten prüfen und Anpassungen ermöglichen

Die SBB dankte der Bevölkerung für die engagierte Diskussion und erklärte, die Beiträge hätten gezeigt, wo nachgearbeitet werden müsse. Sie werde die Varianten prüfen und sich erforderlichen Anpassungen nicht verschließen. Ziel sei ein nachvollziehbares und genehmigungsfähiges Projekt. Die SBB betonte, die persönlichen Sorgen der Betroffenen ernst zu nehmen und das Regierungspräsidium nicht unter zeitlichen Druck setzen zu wollen.

Carolin Oertels Schlussstatement: Große Anerkennung und weitere Prüfungen

Verfahrensleiterin Carolin Oertel vom Regierungspräsidium Freiburg würdigte zum Abschluss ausdrücklich die bemerkenswert gute Vorbereitung der Gemeinde Lottstetten. Diese habe die Bürgerinteressen mit viel Herzblut vertreten; bei Bürgermeister Morasch sei deutlich geworden, dass ihm eine gute Lösung ein Anliegen sei. Besonders beeindruckend sei die Präsenz und Beteiligung der Bevölkerung über alle drei Tage gewesen. Eine solche Beteiligung habe sie auch in größeren Verfahren noch nicht erlebt. Die Bürgerinnen und Bürger hätten wichtige Fragen angesprochen, den Finger in die Wunde gelegt und Klartext gesprochen. Die große Betroffenheit vor Ort sei dadurch nochmals deutlich geworden.

Oertel kündigte eine intensive Prüfung der Varianten an. Weitere Schwerpunkte seien das Verkehrs- und Umleitungskonzept mit offenen Fragen zu den Rettungswegen, der noch zu konkretisierende Lärmschutz sowie die Eigentumsbetroffenheiten. Die Reduzierung der Nachtarbeit sei auf den Weg gebracht worden. Zugleich habe die SBB Nacharbeiten zu erledigen. Nach Vorlage der geänderten Planunterlagen werde es eine erneute Auslegung geben, bei der Betroffene nochmals Stellung nehmen könnten. Ihr Dank galt allen Beteiligten und den Helfenden im Hintergrund.

Fazit: Alternativen ernsthaft prüfen, kein Zeitdruck auf die Behörde

Die Prioritäten der Gemeinde bleiben die möglichst weitgehende Aussparung des Siedlungsgebiets vom Doppelspurausbau, danach die Tunnelvariante und anschließend die alternative Strecken- und Bahnhofslösung von Vieregg-Rössler. Morasch hält diese Ansätze persönlich für vorzugswürdig gegenüber der beantragten Planung. Die kleine Gemeinde mit rund 2.400 Einwohnern habe gemeinsam mit Fachgutachtern und engagierten Bürgern konkrete Lösungen erarbeitet. „Wir haben nicht nur Nein gesagt. Wir haben Lösungen vorgelegt."

An das Regierungspräsidium richtete Morasch den Appell, sich vom gewünschten Baubeginn nicht unter Druck setzen zu lassen. Auf der derzeit unzureichend geklärten Grundlage halte er das Vorhaben persönlich nicht für genehmigungsfähig. Das Angebot der Gemeinde steht: Wer bauen will, sollte ernsthaft über die

Alternativen sprechen. Ziel ist eine leistungsfähige Bahn mit einer für die Bevölkerung verträglichen Lösung.